

MICHAEL WOLFFSOHN

Die Bundeswehr: Rechts und prekär? – Ein (welt)historischer Rahmen

1. Thema verfehlt?

Wird hier das Thema verfehlt: „Rechts und prekär?“ Die Identität der sowie die Berufung zum Soldatenberuf werden in diesem Sammelband dar- und in Frage gestellt, Antworten ge- und versucht.

Von Identität und Berufung ist in meinem Text keine Rede. Scheinbar. Tatsächlich aber doch, und zwar zentral, denn eine Bundeswehr, deren Personal politisch rechtsaußen, also in der Identität altneuer NS-Kontinuität, stünde, ist normativ weder innen- noch außenpolitisch hinnehmbar. Sie widerspräche den Fundamenten der Bundesrepublik Deutschland, wäre im Staat eine Art Gegenstaat zum Staat. Nicht akzeptabel. Wir reden demnach sehr wohl über die Identität der Bundeswehr.

Wir reden nicht über die ideologische, doch die soziologische Identität der Bundeswehr, wenn gefragt wird, aus welchen Einkommens- und Bildungsschichten sich ihr Personal zusammensetzt. Damit stoßen wir auch zur Frage „Beruf oder Berufung?“

Berufung setzt Idealismus voraus, den unbedingten Willen, gerade in der Bundeswehr und nicht woanders wirken zu wollen. Wirken, nicht nur arbeiten, etwas, gar vieles, auf jeden Fall Gutes für „die Gemeinschaft“ freier Bürger bewirken zu wollen, damit diese weiter frei bleibe, blühe und rechtsstaatlich bleibe. „Einigkeit und Recht und Freiheit“ nicht nur für das (veraltet?) „deutsche Vaterland“, für ein freies Deutschland in einem freien Europa als Teil der freien Welt, nicht zuletzt mit den USA durch gemeinsame Werte verbunden. Gemeinschaft kann nur als Ganzes verstanden werden, zumindest als eine Gesellschaft, die sich trotz aller Pluralität als Ganzes versteht. Wenn jedoch nur ein Teil aller Wirtschafts- und Gesellschaftsschichten im Militär zu finden ist, kann es nicht das Ganze repräsentieren. Ein Ganzes, hier Deutschland, kann gedanklich und faktisch nur durch alle vergegenwärtigt werden. Das bedeutet: Zumindest theoretisch, wenigstens auf dem Papier, müsste es eine wirklich *allgemeine* Allgemeine Wehrpflicht geben, müsste das gesellschaftlich Ganze im Militär gewärtig sein. Die Allgemeine Wehr-

pflicht ist seit Juli 2011 „ausgesetzt“, tatsächlich aufgehoben. Schon vorher gab es sie nicht wirklich. Nur auf dem Papier bestand sie.

Welthistorisch betrachtet ist dieser Sachverhalt weder typisch (bundes)deutsch noch neu. Die Allgemeinheit der Allgemeinen Wehrpflicht gab es welthistorisch nur in Ausnahmesituationen. Die politische und mediale Diskussion in unserem Land unterstellt das Gegenteil, besonders für die Bundeswehr. Diese Illusion wird durch das kaum zu übertreffende, sympathische Motto, eigentlich Ziel, vom „Bürger in Uniform“ genährt. Leider bedeutet sympathisch nicht immer zugleich realistisch. Welthistorisch gilt stattdessen: Nur wer musste und keine Alternative hatte, griff zu den Waffen oder diente im Militär. Wer ginge freiwillig Todesrisiken ein? Die Wenigsten. Entweder Idealisten oder diejenigen, die keine Wahl hatten. Es gehört daher zu den Konstanten der Militärgeschichte als Weltgeschichte, dass die meisten Menschen das Militär meiden und wenn es denn sein müsse, sollten „lieber die anderen“. Auch das soll dieser Beitrag zeigen. Ist das „gut oder schlecht“? Das mögen die Leser beurteilen. Vor dem Werten muss man wissen. Dann kann man auch politisch seriöser entscheiden.

Rechts und prekär? – Gerade diese Frage zielt ins Zentrum von Identität und Berufung der Bundeswehr.

2. Rechts und prekär?

Die gute Nachricht zuerst: Rechtsextremisten waren und sind in der Bundeswehr alles andere als willkommen. Das wird auch so bleiben. Die politische und militärische Führung der Bundeswehr hat, allen gegenteiligen Unterstellungen zum Trotz, nie liebevoll nach rechts geschickt. Im Gegenteil. Auch das wird bleiben.

Gewiss, hier und da gab es rechtsextremistische Personen und Aktionen, Nazilieder und -parolen. Das waren jedoch, ohne Bundeswehrlyrik, Ausnahmen. Sie wurden, wo erkannt, geahndet und bestraft. Jenseits der leicht auffind- und vorzeigbaren Einzelfälle und subjektiven Eindrücke oder Erfahrungen zählt auf der gesamtpolitischen Makroebene nur der empirisch-repräsentative, sozusagen „objektive“ Befund. Er ist eindeutig: Seit Jahrzehnten zeigen Umfragen, dass Bundeswehrangehörige zwar „rechter“ als die Gesamtgesellschaft stehen, aber keinesfalls rechts im Sinne von „rechtsextrem“ denken, geschweige denn handeln. Im Klartext: Bundeswehrangehörige wählten und wählen häufiger CDU/CSU

und FDP als andere Bundesbürger. Wer Schwarz-Gelb für Braun und nur Rot, Dunkelrot oder Grün für demokratisch hält, wird damit nicht zufrieden sein, doch das ist Parteipolitik und Ideologie – keine Empirie und für die wissenschaftliche Analyse bedeutungslos.

Zur schlechten Nachricht: Strukturell übt die Bundeswehr, wie jedes Militär auf der Welt und in der Weltgeschichte, auf national und nationalistisch Gesinnte, also eher Rechte, ja, Rechtsextremisten eine stärkere Anziehungskraft aus als auf linke oder liberale Bürger jedweder Ausprägung und jeglichen Landes.

Zu Zeiten der (vermeintlich) Allgemeinen Wehrpflicht mieden, nicht nur in der bundesdeutschen Demokratie, linke und liberale Bürger den Wehrdienst, wo und wenn sie nur konnten, weil sie nicht „dienen“, nicht „zum Bund“ wollten.

Das bedeutete: Linke und Liberale jedweder Schattierungen schufen, nicht nur in Deutschland, im Militärpersonal eine Art ideologischen Vakuums und überließen somit den Rechten/Rechtsextremisten strukturell das Feld. Dass die Bundeswehr dennoch nicht nach rechts oder gar rechtsaußen kippte, ist Verdienst ihrer politischen und militärischen Führung. Diese beruhigend erfreuliche Feststellung ist auch der Tatsache geschuldet, dass es zwar zu viele, aber eben in absoluten Zahlen doch nicht so viele Rechtsextreme in Deutschlands Gesellschaft gibt. Für einen erfolgreichen Marsch durch die Institutionen, allen voran die Bundeswehr, fehlt dem Rechtsextremismus die Massenbasis. Ich füge hinzu: erfreulicherweise. Ein Verdienst aller Demokraten.

Die Abwehr von Rechten bzw. Rechtsextremisten ist neben „der Politik“ und den Offizieren der Bundeswehr auch ihren Mannschaftsdienstgraden zu verdanken. Im Gesamtpersonal der Bundeswehr gab es bislang genügend Idealisten, die bereit waren und sind, die Freiheit, die demokratische und menschliche Lebensordnung der Bundesrepublik Deutschland, zu sichern – „für den Fall der Fälle“. Wohlgefühl und Dankbarkeit gegenüber dem Weg der bundesdeutschen Demokratie war und ist, wie die Empirie (Umfragen und teilnehmende Beobachtung) zeigt, ein Motivationsfaktor, der, neben anderen, für das dominant nicht-rechte/-rechtsextreme Bundeswehr-Ethos und -Pathos sorgte.

Kann, wird das so bleiben? Wer die Vergangenheit kennt, kann die Zukunft leicht(er) und zutreffend(er) vorhersagen. Zumindest künftige Problemfelder erkennen und benennen.

3. Die Wirklichkeit der Waffenwilligkeit¹ – Ein universalhistorischer Exkurs über Macht(-beteiligung), Geld und Ansehen

Aus der Allgemeinen Menschheits- und dort der Militärgeschichte wissen wir: Jenseits vorsätzlicher Tötungs- oder Raubabsichten kämpfen Menschen freiwillig nur, wenn Leib und Leben unmittelbar bedroht sind. Das eigene Leben, der Liebsten und Nächsten sowie der eigene Grund und Boden, individuell oder kollektiv.

Jenseits jener reinen Defensive, kommen Menschen nur dann freiwillig zu den Waffen, wenn sie folgende drei Belohnungen, und zwar alle drei zusammen, bekommen: 1.) Macht oder Machtbeteiligung, 2.) Geld; daher Sold-aten, 3.) Ansehen bzw. Wertschätzung, Achtung oder Ruhm.

Wenn, wo und solange die Allgemeine Wehrpflicht galt, konnte man auf diese Sonderkonditionen verzichten. Im Prinzip musste jeder die Uniform anziehen und Waffen tragen, quasi zum Nulltarif. So gesehen, war die Allgemeine Wehrpflicht nicht nur eine gesellschaftliche und militärhistorische, sondern auch wirtschaftliche Revolution. Sie kehrte die bestehenden Verhältnisse vollständig um. Der Staat bekam fast unentgeltlich Kämpfer, die nur noch dem Namen nach „Soldaten“ waren. Der Sold war nun nämlich entfallen; abgesehen vom eher kümmerlichen Wehrosold oder wie immer man diesen Sold nennen mag. Jedenfalls waren diese Soldaten im ursprünglichen Wortsinne keine wirklichen Sold-aten mehr.

So und nun politisch gesehen, waren Volksbewaffnung und Volksherrschaft, sprich „Demokratie“, Wehrpflicht und Wahlrecht, seit jeher zwei Seiten derselben Medaille. Zumindest tendenziell und strukturell. Diese welthistorische Regel (kein geschichtliches Gesetz) galt seit dem antik-griechischen Hoplitenheer bis zur jüngsten Vergangenheit, also von 600/500 vor unserer Zeitrechnung, über die *levée en masse* der Französischen Revolution bis, bezogen auf Deutschland, Juli 2011.

An ausgewählten Beispielen, topisch vorgehend, sei diese These untermauert.

¹ Als Überblick und auch für Details sind sehr nützlich Müller, Rolf-Dieter: Militärgeschichte, Köln 2009; Frevert, Ute (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997.

Am Anfang war der Heerführer (lateinisch *dux* von *ducere* – führen), derjenige, der das Heer führte, das Heer zog. Weil dieser das Heer zog bzw. führte, erlangte oder behielt er auch die politische Führung. Der das Heer ziehende wurde „Herzog“, also Hochadel. Diese Belohnungsaussicht lockte ins Heer und im Heer an dessen Spitze.

Da jedoch nicht jedermann im Heer an die Spitze kommen konnte, doch gebraucht wurde, mussten alle Kämpfer irgendwie belohnt werden. Je besser, sprich: erfolgreicher der Heerführer auch bei Beutezügen, desto besser ging es seinen Truppen, desto motivierter, um so mächtiger und so weiter. Sparta und Athen, die antiken griechischen Stadtstaaten, unterschieden sich fundamental, doch in beiden galt die allgemeine Wehrpflicht, weil aus der (Personal-)Not eine Tugend gemacht wurde: die politische Mitsprache oder Beutebeteiligung und durch Beutebeteiligung relativer Wohlstand.

Die Allgemeinheit der allgemeinen Wehrpflicht, die militärische Beteiligung des gesamten ‚Demos‘, war im alten Athen Voraussetzung der Demokratie. „Für ein stehendes Heer reichten die Ressourcen nicht, jeder einzelne Bürger musste notfalls zu den Waffen greifen.“² Die Bürgerrechte waren mit den Dienstpflichten im Hoplitenheer der Steuerzahler bzw. Steuerpflichtigen verbunden.³ Die „städtischen Unterschichten“ Athens kamen „ihrer Bürgerpflicht durch den Dienst in der Flotte“ nach. Erst dann, durch den Ausbau der und den Dienst in der Flotte, bekamen auch sie politische Mitsprache. Als die Bürgerarmeen Athens und Spartas im Peloponnesischen Krieg (431–404 v. Chr.) ausbluteten, mussten beide Seiten zunehmend auf Söldner zurückgreifen, die in späteren Friedenszeiten das Gemeinwesen von innen bedrohten, denn sie brauchten eine Lebensgrundlage. Die war nur durch Machtübernahme oder Plünderungen möglich. Die Sozial- und Wirtschaftsstruktur des griechischen Kriegswesens (freundlicher: Wehrwesens) wurde durch die Kommerzialisierung des Soldatentums entbürgerlicht – und weiter verroht.

Der Aufstieg Roms zur antiken Weltmacht hing ebenfalls eng mit dem Heer- und Wehrwesen zusammen: Kämpfer der Legionen waren die „proletarisierten Massen“, Adel und Ritter, die Heerführer. Sie hatten die Macht, doch ohne jene Massen wäre ihre Macht wirkungslos geblieben.

² Müller, Rolf-Dieter: Militärgeschichte, Köln 2009, S. 57.

³ Vgl. ebd., S. 59.

Die Legionäre bekamen soziale Sicherheit und durch Beute Eigentum. Den Ober- und Unterschichten war so gedient. Ohne sein Heer hätte nicht einmal Augustus die Macht erkämpft. Das später offene Militärkaiserertum war strukturell programmiert.⁴ „Hunderttausende besitzloser römischer Bürger“ waren das Rückgrat des Heeres.⁵ Nunmehr war aber das Militär Staat im Staate, *noch genauer*: das Militär war der Staat und der Militärführer zugleich der Staatsführer. Dieses Modell glich eher dem der traditionellen Orientalischen Despotie, in der die Berufskrieger, „kaste“ Säule politischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Macht war. Die Säule selbst bestand vornehmlich aus Söldnern, meist ausländischer Herkunft, und ehemaligen Kriegsgefangenen.⁶

Wir springen ins Mittelalter: Der „Kern“ der „personenrechtlichen“ bzw. feudalen Bindungen „lag im Waffendienst“. Die „Gemeinschaft der Freien war zugleich Kampfgemeinschaft. Landeigentümer bzw. Lehnsherr war der Herrscher, Land- und Lehnsempfänger bzw. Landbesitzer und Landbearbeitender war der Gefolgsmann bzw. Vasall. Zu dessen Pflichten gehörte der Kriegsdienst.“⁷ Kein Privileg, also Land und Lebensgrundlage, ohne lebensgefährlichen Waffendienst. Landarbeit, Kriegs-„handwerk“ und eigenständige Finanzierung von Pferd(en) und Waffen waren dauerhaft nicht zu bewerkstelligen. Die Folge: Je weiter ins Mittelalter, desto mehr besoldete Kämpfer. Die nächste Folge: Die „Armeen schrumpften zu relativ kleinen Elitetruppen von Berufskriegern“. Auch das bedeutete eine weitere „Barbarisierung des Krieges“.⁸

Die Frühe Neuzeit war die Epoche der „Söldner und Kriegsunternehmer“.⁹ Die meisten der Krieger waren, leicht vorstellbar, keine Lyriker und Sänger, sondern Arme und Ärmste. Sie kamen aus dem In- und Ausland. Von einer Territorial-Streitkraft im eigentlichen Sinne konnte keine Rede sein. Nach dem Dreißigjährigen Krieg begann das Zeitalter der stehenden Heere. Auch deren Personal bestand überwiegend aus wirtschaftlich zu kurz gekommenen in- und ausländischer Herkunft. Der Übergang zur Wehrpflicht der Landeskinder war gleitend. „Die Rück-

4 Dahlheim, Werner: Die Römische Kaiserzeit, München 2013, S. 25 ff.

5 Ebd., S. 32.

6 Müller, Rolf-Dieter: Militärgeschichte, Köln 2009, S. 55.

7 Ebd., S. 85. Zur folgenden Skizze vgl. ebd., S. 85 ff.

8 Ebd., S. 86.

9 Vgl. ebd., S. 113 ff.

sicht auf Produktivität und Steuerleistung sorgte dafür, dass bürgerliche Berufe und Landwirte meist keinen Wehrdienst leisten mussten und man bei der Rekrutierung vorzugsweise auf untere soziale Schichten ausländischer Freiwilliger zurückgriff.¹⁰ Weil die Zahl der – immer wieder – armen inländischen „Unterschichten“ sowie der ausländischen Freiwilligen ebenfalls nicht ausreichte, „wurden auch Rekruten mit List und Gewalt zum Kriegsdienst gepresst.“¹¹ Keine Überraschung: Sie kamen nicht aus dem Adel oder wohlhabenden Bürgertum. Am Ende des *Ancien Régime* in Preußen, 1806, waren 40 Prozent der Soldaten Ausländer, die meisten zwangsweise ausgehoben.

Zeitenwende – Französische Revolution und Preußische Reformen. Wir sind am Ende unseres galoppartigen universalhistorischen Exkurses und knüpfen den Gedanken- und Faktenfaden weiter.

4. Die „Allgemeinheit“ der Allgemeinen Wehrpflicht

So allgemein wie oft unterstellt war die Allgemeinheit der Allgemeinen Wehrpflicht nie. Das betrifft nicht nur die Bundesrepublik Deutschland bis zum Sommer 2011, sondern auch Anfänge und Entwicklung der vermeintlich Allgemeinen Wehrpflicht.¹²

Schon im revolutionären, erst recht im nachrevolutionären Frankreich konnten sich wohlhabende Bürger vom Wehrdienst freikaufen. Dem wohlhabenden bzw. wohlhabenderen Adel gegenüber war das preußische System seit Friedrich Wilhelm I. (dem Vater von Friedrich dem Großen) ebenso skrupellos wie subtil. Der Adel bekam Zuckerbrot und Peitsche. Die Peitsche: Im Militär dienen – als Offiziere, Todesrisiko inklusive. Das Zuckerbrot: Der Adel konnte auf seinen Gütern praktisch nach eigenem Gutdünken schalten und walten, Recht sprechen und Polizeifunktionen, also Herrschaft, ausüben.

Wir springen in die Zeit der Freiheitskriege gegen Napoleon: Voller Inbrunst hätten die Männer die Waffen ergriffen – sagt die Legende. Tatsächlich drückte sich, wer konnte. Es konnten nur die Wohlhabenderen

10 Müller, Rolf-Dieter: Militärgeschichte, Köln 2009, S. 151.

11 Ebd.

12 Vgl. dazu Kapitel VI.–IX in: Müller, Rolf-Dieter: Militärgeschichte, Köln 2009. Vgl. ebenso: Frevert, Ute (Hg.): Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1997.

und Besser-Ausgebildeten. Diese lieferten vom heimischen Schreibtisch den Kämpfern die Kampfparolen. In den deutschen Staaten, auch in Preußen, empfanden städtisches Bürgertum und Bewohner der Gewerbergionen die Aussicht, im Militär ihr Leben riskieren zu müssen, als „schockierend“. Es kam zu Protesten und Demonstrationen gegen die allgemeine Wehrpflicht.¹³ Sie hatten Erfolg: Für die „feinen Leute“, die „höheren Stände“, wurde das „Einjährige“ eingeführt. Wer zahlen konnte, musste nur ein Jahr dienen, wer nicht, durfte drei Jahre in die „Schule der Nation“. Alle waren gleich, einige gleicher. Wer konnte, drückte sich.¹⁴ Ärzte, Fabrikanten, Fachleute, Kaufleute, Beamte konnten besonders gut. Und Simulanten à la Felix Krull. Diesen Typus hat Thomas Mann, bezogen aufs Kaiserreich, literarisch verewigt. Besonders eine Gruppe drückte sich nicht, weil sie sich nicht drücken wollte, um zu beweisen: „Wir gehören dazu. Wir sind gute, ja, vorbildliche Deutsche“: Deutschlands jüdische Männer.¹⁵ Das Vaterland dankte es ihnen innig. Schon vor 1933. Ironisch formuliert: Drückeberger warfen den sich nicht drückenden vor, sich vor dem Kommiss zu drücken.

Der Militär-Patriotismus des britischen Bürgertums war mehr pekuniär. Es zahlte, damit die prekären Schichten ins Militär konnten und die Bourgeois selbst nicht mussten.¹⁶ In den Amerikanischen Südstaaten wurde die Allgemeine Wehrpflicht während des Bürgerkriegs eingeführt, 1862. Sie war so allgemein, dass seltsamerweise die Wohlhabenden Schlupflöcher fanden. Was Wunder, dass der Protestruf der ärmeren Schichten lautete: „A rich man’s war and a poor man’s fight.“¹⁷ Nicht anders als in Großbritannien – und in den Nordstaaten, wo die Allgemeine Wehrpflicht im März 1863 begann. Wer konnte, durfte bezahlte Ersatzleute stellen. Die Unterschichten konnten nicht.¹⁸ Sowohl im Norden als auch im Süden erhob sich ein regelrechter Widerstand gegen die allgemeine Wehrpflicht. Er wurde gleichermaßen hart niedergeschlagen.

13 Frevert, Ute (Hg.), *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997, S. 23.

14 Ebd., S. 30.

15 Ebd., S. 34.

16 Strachan, Hew; in: Frevert, Ute (Hg.): *Militär und Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert*, Stuttgart 1997, S. 86–93.

17 Förster, Stig; in: ebd., S. 115.

18 Förster, Stig; in: ebd., S. 155 f.

Und der Ausbruch des Ersten Weltkrieges? Gab es da nicht die Begeisterung der Massen? In Deutschland und anderswo in Europa? Jüngst hat Christopher Clark die Legende vom Kriegsrausch im August 1914 widerlegt.¹⁹ „Die neuere Forschung hat herausgearbeitet, dass der Taumel an Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung vielfach nur eine Inszenierung gewesen ist, die sich auf die Großstädte beschränkte.“²⁰ So viel, nebenbei, zur historischen Aussagekraft von Bildern. Auch hier gibt es solche und solche – doch keine ohne Quellen- bzw. Fotokritik. Weltkrieg zwei? Keine Begeisterung weit und breit. Angst und Schrecken. Selbst Hitler, Göring und Goebbels, die ihn vom Zaume brachen, schauten nach der unerwarteten Kriegserklärung durch Großbritannien und Frankreich nicht gerade euphorisch.

In die Bundeswehr drängten oder drängelten die Wehrpflichtigen ebenfalls eher selten. Gerne siedelten in der „Alt-BRD“-Epoche junge Männer nach West-Berlin um, wo so mancher seine „systemverändernden“ Neigungen auslebte, statt (damals unwahrscheinlich genug), sein Leben „beim Bund“ zu riskieren. Im wiedervereinigten Deutschland träumten viele gerne den Traum vom Ewigen Frieden, hielten die Bundeswehr, mangels direkter, benachbarter Feinde, für überflüssig und drückten sich nach Kräften.

Noch etwas lehrt die Allgemeine Gesellschafts- und Militärgeschichte: Wer nicht „zum Militär“ muss, sondern will, ist nicht nur Idealist. Es gibt auch viele Ideologen. Keine linken oder liberalen Ideologen, sondern eher national und nationalistisch Gesinnte, Rechte bzw. Rechtsextremisten. Sie waren und wären auch ohne das Berufsfeld Offizier/Soldat weder perspektiv- noch arbeitslos, aber sie „witter(te)n Morgenluft“: dass sie in den Streitkräften gezielter Nachwuchs werben und an sich binden können. Wie in jedem Militär, ist hierfür auch in der Bundeswehr als Berufsarmee das Potenzial größer als in der allgemeinen Gesellschaft. Die Gründe wurden genannt.

19 Clark, Christopher: *The Sleepwalkers. How Europe Went to War in 1914*, London 2012, bes. S. 552 ff.

20 Müller, Rolf-Dieter: *Militärgeschichte*, Köln 2009, S. 226; Weber, Thomas: *Hitlers erster Krieg, besonders Teil I*, Berlin 2011, S. 23–43.

5. Das Personal-Reservoir der Bundeswehr

Seit dem Sommer 2011 stehen Politik, Gesellschaft und Bundeswehr (sowie, mit Ausnahme Israels, eigentlich alle Demokratien) vor einer neuen national- und welthistorischen Herausforderung: Die Volksherrschaft, Demokratie, ohne Volksbewaffnung zu bewahren und zu verhindern, dass die im Volk Bewaffneten, das Militär, die Volksherrschaft abschafft. Wer ist sich dieser Megaherausforderung bewusst? Das bisher gemalte Bild bedarf einiger Nachzeichnungen. Sonst wäre es falsch. Strukturell und tendenziell stimmen die Aussagen zur Allgemeinen Wehrpflicht, sie bedürfen allerdings einiger Ergänzungen.

„Drückeberger“, freundlicher formuliert: „Wehrunwillige“, gab es zu allen Zeiten und an allen Orten, denn freiwillig sterben wollte und will kaum jemand, und das Todesrisiko ist in jedem Militär erheblich größer als bei jedem zivilen Arbeitgeber. Ohne die Allgemeine Wehrpflicht, bei einer Berufsarmee, müssen die Streitkräfte mit anderen, zivilen Arbeitgebern konkurrieren. Die Geschichte lehrt: Zu den Streitkräften kommen, neben wenigen Idealisten, nur oder fast nur diejenigen, die auf dem zivilen Arbeitsmarkt weniger oder keine Möglichkeiten finden. Was wissen wir über diese Bevölkerungsgruppen, unabhängig davon, ob sie zur Bundeswehr gehen oder nicht? Wir wissen, dass diese Menschen in der Regel perspektivlos und deshalb gegen „das System“ verführbar sind – zum Beispiel für extremistische, meist rechtsextremistische Ideologien. Das ist seit Jahren empirisch-repräsentativ belegt, und Wahlergebnisse bestätigen dieses Muster, in Deutschland ebenso wie in anderen Demokratien.

Diese Ökonomie der Demoskopie (Umfragen) sowie die Ökonomie der Wahlgeografie werden durch die Geografie der Ökonomie bestätigt. Im Klartext: Rechtsextreme Parteien haben dort den größten Erfolg, wo die Wirtschaft, wo der zivile Arbeitsmarkt schwächelt, also in den wirtschaftlich strukturschwachen Regionen. Diese gibt es auch im Westen unseres Landes, doch im Osten sind sie leider zahlreicher. Vor allem aus diesen wirtschaftlich strukturschwachen Regionen Deutschlands kamen bis 2011 die meisten Berufs- und Zeitsoldaten der Bundeswehr. Auf der Ebene der Mannschaftsgrade war (ist?) diese Tendenz offenkundig, weniger auf der Offizierebene. Ähnlich übrigens die Situation bei der Polizei.

Die skizzierten Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass, gemessen an der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik, Bürger Ostdeutsch-

lands häufiger zur Bundeswehr stoßen als Bürger Westdeutschlands. Unter den Ostdeutschen sind es wiederum diejenigen, die in ihrer Heimatregion auch bei guter Ausbildung keinen zivilen Arbeitsplatz finden. Die Zahlen sind eindeutig. Sie stammen aus dem Bundesministerium der Verteidigung. Wer sie leugnet, löst das Problem nicht.

Das Problem sind natürlich nicht die Ostdeutschen, das Problem ist die innerdeutsche Gerechtigkeitslücke. Sie ist in der Wehrpolitik so vehement zu bekämpfen wie in der Gesundheitspolitik. Hier besteht darüber Einigkeit, dass diese Aussage nicht gelten soll, nicht gelten darf: „Weil du arm bist (also zur „Unterschicht“ gehörst), musst du früher sterben.“ Statt arbeitslos zu werden, lassen sich die ärmeren Bevölkerungsschichten unseres Landes als Soldaten anwerben. Historisch betrachtet ist das ein Rückfall in vormoderne Zeiten, als die Ärmsten der Armen als Soldaten geworben, meist zwangsgeworben und im wahrsten Sinne des Wortes „gefasst“ bzw. „gepresst“ wurden – weil sie arm waren.

Strukturell und historisch betrachtet entstand somit seit 2011 in Deutschland gesellschaftlich gewollt und deshalb politisch beschlossen, doch weder von Gesellschaft, Politik noch Bundeswehr gewollt (weil nicht zu Ende und nicht historisch-soziologisch gedacht?) das Großproblem, die selbstgeschaffene Herausforderung: die neue Bundeswehr, wie die alte, als Garant und Garantie der bundesdeutsch demokratischen Republik zu erhalten und auszubauen – Volksherrschaft ohne Volksbewaffnung, Wahlrecht für alle ohne Wehrpflicht für alle, wobei es politisch leichter durchsetzbar ist, eine Berufsarmee der Wenigen als eine Wehrpflichtarmee aller in Kriege zu schicken. Diese dem Todesrisiko auszusetzen, ist politisch heikler als gegenüber Berufssoldaten, die in den Augen der Allgemeinheit für diese vermeintliche „Dienstleistung“ bezahlt und nicht geehrt werden.

Fazit: Bisläng, als Wehrpflichtarmee, konnte die Bundeswehr Binnenangriffe von rechts bzw. rechtsaußen erfolgreich abwehren. Durch den Übergang zur Berufsarmee wird diese selbstgestellte und -gewollte Aufgabe erheblich schwerer. Wir alle, Bürger dieses Landes, sind daher gefordert. Wie kann es das Zivil vom Militär fordern, wenn es das Militär nicht fördert? Mehr Ansehen verleihen und mehr Geld geben kann das Zivil dem Militär – mehr Macht nicht. Sonst wäre es nicht die Berufsarmee eines demokratischen Staates. Weil auch im Bereich der Militär- und Gesellschaftsgeschichte das Rad bereits erfunden ist, kann man, abgeleitet aus der allgemeinen militärhistorischen Vergangenheit, dies für die

Zukunft der Bundeswehr, der Identität und möglichen Berufung ihres Personals vorhersagen. Idealisten wird die Bundeswehr nur gewinnen können, wenn dieser Staat, vor allem seine politische Klasse, die Ideale des Grundgesetzes nicht nur predigt, sondern lebt. Der Staat aber sind wir alle. Wir delegieren und kontrollieren die Legislative und damit auch die Exekutive. Spezialisten, als gut und bestens Ausgebildete, braucht die neue Bundeswehr als Hochtechnologie-Streitkraft. Diese Fachkräfte bekommt sie nur, wenn ihre ideelle und materielle Grundausstattung mehr als nur zufriedenstellt. Kopf und Kasse unseres Staates, unserer Gesellschaft, sind gefordert.

Auch zur Personalgewinnung von Mannschaftssoldaten, denn die Bundeswehr wird mit dem zivilen Arbeitsmarkt um dasselbe Reservoir werben müssen. Wenn die Bundeswehr – nur (!) mit unseren Partnern und demokratisch, parlamentarisch legitimiert – Interventionsarmee wird, braucht sie eher mehr als weniger Personal. Erst recht, wenn der gleiche politische Fehler wie in Afghanistan ab 2002 begangen wird, also die längere Stationierung und *Nation-Building*. Letzteres kann keine Streitkraft der Welt leisten, denn sie ist als Streitkraft ausgebildet, sie ist keine eigenständige, spezialisierte Aufbau- und Hilfsorganisation wie etwa das Technische Hilfswerk. Daher war der Afghanistaneinsatz in dieser Form ein totaler Fehlschlag. Vor künftigen sollte sich die politische Führung hüten. Wird sie? Ich fürchte, nein. Ihr bleibt jedoch – bei Vollbeschäftigung – das Personal aus, denn ... Bei Vollbeschäftigung leeren sich die Reihen der Streitkräfte. Wenn man statt hochtechnologischen Rein-Raus-Interventionen, von Kommando-Aktionen, Sabotage oder Cyberwarfare absieht und Soldaten aus Deutschland für den „Aufbau von Nationen“ wie für Afghanistan abzieht, wird dieses Personal gebraucht. Woher bei inländischer Vollbeschäftigung nehmen? Die Antwort ist eindeutig, und Alternativen sind weit und breit nicht erkennbar: Die Bundeswehr bräuchte „wie einst“ vor Einführung der scheinbar Allgemeinen Wehrpflicht, ausländische Söldner oder – die Wiedereinführung der Allgemeine(re)n Wehrpflicht.

Wie auch immer: Ein neuer Abschnitt der Allgemeinen und deutschen Militärgeschichte hat begonnen. Was wird er uns bringen? *Nostra res agitur*. Wie gesagt: wir alle sind gefordert!